

# Die Friedens-Warte

Journal of International Peace and Organization

**Vol. 92 | 2017–2019 |**

**Issue 3–4**

## **Mythen der etablierten Sicherheitspolitik**

Mit Beiträgen von

LOTHAR BROCK | ANNA GEIS | SABINE  
JABERG | HANNE-MARGRET BIRCKENBACH |  
HANS-GEORG EHRHART | DAN KRAUSE |  
MICHAEL BRZOSKA | HERBERT WULF |  
MICHAEL STAACK | GÖTZ NEUNECK |  
ALEXANDER GRAEF | JÜRGEN SCHEFFRAN |  
TOBIAS IDE

Weitere Beiträge von

DAVID GROTEN  
DILEK TÜRKÖZÜ



Berliner  
Wissenschafts-Verlag

**Inhaltsverzeichnis**

**Table of Contents**

113 **Editorial**

**Debatte | Debate**

115 **Mythen der etablierten Sicherheitspolitik**

117 **MYTHOS I**

**„Die kooperative Weltordnung verfällt.“**

117 Debatte von Lothar Brock

125 Kommentar von Anna Geis

131 **MYTHOS II**

**„Russland hat die europäische Friedensordnung aufgekündigt.“**

131 Debatte von Sabine Jaberg

139 Kommentar von Hanne-Margret Birckenbach

145 **MYTHOS III**

**„Robuste Militärinterventionen können dabei helfen,  
Konflikte im Globalen Süden zu lösen.“**

145 Debatte von Hans-Georg Ehrhart

151 Kommentar von Dan Krause

157 **MYTHOS IV**

**„Die Bundeswehr ist schlecht ausgerüstet, weil sie zu wenig Geld bekommt.“**

157 Debatte von Michael Brzoska

162 Kommentar von Herbert Wulf

167 **MYTHOS V**

**„Rüstungskontrolle ist nicht mehr zeitgemäß.“**

167 Debatte von Michael Staack

173 Kommentar von Götz Neuneck

178 Kommentar von Alexander Graef

- 182 **MYTHOS VI**  
**„Die Klimakrise erfordert verstärkt sicherheitspolitische Maßnahmen.“**
- 182 Debatte von Jürgen Scheffran
- 190 Kommentar von Tobias Ide

### **Beiträge | Articles**

- 194 **Respektsensibilität als Grundvoraussetzung  
für Konfliktmanagement im Südchinesischen Meer**  
David Groten
- 215 **Two Sides of the Same Coin:  
Temporary Protection as a Practical but Unsettled Concept**  
Dilek Türközü

### **Panorama | Panorama**

- 238 **„ICTY – Rückblick eines deutschen Richters  
und Ausblick auf die Zukunft des internationalen Strafrechts“**  
Christoph Flügge
- 244 **Conference: Regional Human Rights Systems  
from a Comparative Perspective**  
Benedikt Behlert | Timeela Manandhar

## Editorial

In einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2014 stellte Deutschlands damaliger Außenminister Frank-Walter Steinmeier fest, unsere Welt sei „aus den Fugen geraten. Die Krisen überschlagen sich.“<sup>1</sup> Diese These, die er in den folgenden Jahren mehrfach wiederholte, lässt sich mit einiger Berechtigung hinterfragen. Etwa in längerfristiger historischer Perspektive, wie dies Steven Pinker unter Rückgriff auf eine reichhaltige Datenbasis mit wichtigen Kennzahlen zur menschlichen Entwicklung getan hat. Pinker kommt zu dem Schluss, dass die menschliche Entwicklung grundsätzlich positiv voranschreite und die Welt tendenziell immer friedlicher werde.<sup>2</sup> Auch ein Vergleich mit Zeiträumen der jüngeren Vergangenheit, zum Beispiel den durch zahlreiche Kriege (Irak, Jugoslawien, Tschetschenien, Armenien/Aserbaidshan, Kongo, Somalia), Genozide und ethnische Säuberungen (Srebrenica/Bosnien, Ruanda, Kosovo) geprägten 1990er Jahren lässt erahnen, dass sich die zweite Dekade des 21. Jahrhunderts in ihrer Krisenhaftigkeit nicht derart dramatisch abhebt, wie es gelegentlich aus westlich-europäischer Sicht wahrgenommen wird. Aus der Perspektive von krisengeplagten Regionen in Afrika, in Lateinamerika und im Nahen und Mittleren Osten ist die Welt ohnehin bereits seit Jahrzehnten „aus den Fugen“ – oftmals durch tätige Mitwirkung von demokratischen Industriestaaten der westlichen Hemisphäre.

Gleichwohl können die Jahre seit 2014 als eine Zäsur angesehen werden – nicht in Bezug auf einen Anstieg von Krisen, aber bezogen auf die internationale Ordnungspolitik in verschiedensten Dimensionen. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim-Halbinsel und ihrer Intervention in der Ostukraine zerstörte die Russische Föderation das Konstrukt einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, die auch vorher schon unvollendet geblieben war. Und mit dem Amtsantritt der Administration von Donald J. Trump im Januar 2017 wandten sich die Vereinigten Staaten von Amerika Schritt für Schritt von jener Weltordnung ab, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen hatten. Der Rückzug der USA aus der konstruktiven Gestaltung internationaler Ordnungspolitik – ob beim Klimaschutz, bei Abrüstung und Rüstungskontrolle – zuletzt in Bezug auf die Landminen, beim Nuklearabkommen mit dem Iran, bei der Finanzmarktregulierung oder einer funktionsfähigen Welthandelsorganisation – stellt aufgrund der Machtressourcen Washingtons eine globale Zäsur dar. Überall agiert Washington als größter Unsicherheitsfaktor der internationalen Politik. Ein einheitlicher Westen gehört der Vergangenheit an. Hinzu kommen multiple Krisen der Europäischen Union und eine Politik Chinas, die – wie die USA – robust auf das Leitbild „China First“ setzt. Angesichts dieser Brüche und der daraus resultierenden Konflikte und Volatilitäten werden außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen zunehmend nicht durch Analyse und Fakten, sondern durch oftmals nicht hinterfragte Narrative oder Mythen gerechtfertigt.

---

1 Steinmeier 2014.

2 Pinker 2011.

Diese Problemstellung wird im inhaltlichen Schwerpunkt dieser Ausgabe der Friedens-Warte aufgegriffen, indem wissenschaftliche Beiträge zum Thema „Mythen der Sicherheitspolitik“ publiziert und zur Debatte gestellt werden. Diese Beiträge sind entstanden in der Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW). Die Studiengruppe beschäftigt sich seit 2017 mit den zentralen Zusammenhängen und Herausforderungen der globalen und europäischen Sicherheit. Anknüpfend an die Tradition der VDW, deren Gründer um Carl-Friedrich von Weizsäcker und Werner Heisenberg sich 1957 in der „Göttinger Erklärung“ gegen eine atomare Bewaffnung Deutschlands wandten, möchte die Studiengruppe durch Analysen und Stellungnahmen dazu beitragen, die komplexen Konfliktstrukturen besser zu verstehen und daraus auf der Basis theoriegeleiteter wissenschaftlicher Reflexion konstruktive Schlüsse für eine angemessene Friedenspolitik zu ziehen. Als erstes Projekt hat sich die Studiengruppe analytisch mit einigen Mythen der etablierten Sicherheitspolitik auseinandergesetzt. Der mehrdeutige Begriff des Mythos bezeichnet hier zu Gewissheiten geronnene Glaubenssätze. Als solche fördern sie politische Entscheidungen, die von problematisierungsbedürftigen Voraussetzungen ausgehen. Es ist Aufgabe der Wissenschaft, Annahmen, die politischen Entscheidungen zugrunde liegen, kritisch zu hinterfragen, zu interpretieren und auf ihre Plausibilität hin zu untersuchen. Weitverbreitete Mythen (etwa „Rüstungskontrolle ist nicht mehr zeitgemäß“ oder „Die kooperative Weltordnung ist gescheitert“) können den Weg zu sachgerechten gesellschaftlichen Diskursen und friedensfördernder Politik blockieren.

Einige dieser Gewissheiten als Mythen anzusprechen und zu dekonstruieren, um sie auf diese Weise aufbrechen und mithin korrigieren zu können, ist das Ziel der hier veröffentlichten sechs kurzen Aufsätze von Lothar Brock, Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart, Sabine Jaberg, Jürgen Scheffran und Michael Staack sowie der sich darauf beziehenden sieben Debattenbeiträge von Hanne-Margret Birkenbach, Anna Geis, Alexander Graef, Tobias Ide, Dan Krause, Götz Neuneck und Herbert Wulf, die die Argumente fortführen, ausbauen oder diesen widersprechen. Angesichts der umfassenden Krisen der internationalen Sicherheit und der Notwendigkeit, Ansätze und Strategien einer friedensfördernden Politik durch wissenschaftliche Impulse zu fördern, lädt die Friedens-Warte zur Fortsetzung dieser Debatte ein. In zwei weiteren Aufsätzen werden ebenfalls Themen von hoher wissenschaftlicher Aktualität und Relevanz behandelt: David Groten befasst sich mit dem Einfluss von Respektsensibilität in Bezug auf die Territorialstreitigkeiten in der Südchinesischen See. Dilet Türközü untersucht Regelungslücken der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 in Bezug auf den temporären Schutz von Geflüchteten. In beiden Beiträgen werden außerdem Vorschläge zur Diskussion gestellt, wie die jeweilige Problemstellung adäquater adressiert werden kann.

Pinker, Steven (2011): Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit. Frankfurt am Main: S. Fischer.  
 Steinmeier, Frank-Walter (2014): Rede bei der 69. Generalversammlung der Vereinten Nationen, Auswärtiges Amt, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/140927-69-generalversammlung-vn/265662> (Zugriff am 29.1.2019).

Hamburg, Kiel und Berlin im Dezember 2019  
 Michael Staack, Andreas von Arnould, Christian Tomuschat

Debatte

Debate

## Mythen der etablierten Sicherheitspolitik

**Abstract** Die Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) beschäftigt sich seit 2017 mit den zentralen Zusammenhängen und Herausforderungen der europäischen und globalen Sicherheit. Damit knüpft sie an die Tradition der VDW auf dem Gebiet der kooperativen Sicherheits- und Friedenpolitik an, in der die Wissenschaft eine besondere Rolle spielte. Am Anfang der Gründung der VDW standen Fragen der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle im Vordergrund, was sich insbesondere in der „Göttinger Erklärung von 1957 zur atomaren Bewaffnung“ sowie der Beteiligung an der internationalen Pugwash-Bewegung widerspiegelt.

Inzwischen sind neben der atomaren Bewaffnung neue Sicherheitsrisiken, komplexe Konfliktdynamiken und Krisenkonstellationen hinzugekommen, von der Digitalisierung bis zum Klimawandel. Beschleunigt wird die Entwicklung durch den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Ambivalenz wie auch durch ökonomische und soziale Prozesse der Globalisierung. Unter den sich verändernden Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts löst sich die (scheinbare) Stabilität der bisherigen Weltordnung auf; die Herausforderungen für Frieden und Sicherheit in und um Europa nehmen zu. Die Chancen für eine kooperative Weltordnung schwinden. Nationalistische Machtpolitik schürt eine chaotische Dynamik, die die Gefahr eines neuen unkontrollierbaren Wettübens steigert, etablierte Formen und Institutionen für den Umgang mit Konflikten schwächt und die Aussicht auf eine nachhaltige europäische Friedensordnung trübt. Anknüpfend an die Tradition der VDW möchte die Studiengruppe durch Analysen, Stellungnahmen und Veranstaltungen dazu beitragen, die komplexen Konfliktodynamiken besser zu verstehen und daraus konstruktive Schlüsse für eine angemessene Friedenspolitik zu ziehen.

Als erstes Projekt hat sich die Studiengruppe analytisch mit einigen „Mythen der etablierten Sicherheitspolitik“ auseinandergesetzt. Der mehrdeutige Begriff des Mythos bezeichnet hier zu Gewissheiten geronnene Glaubenssätze. Sie fördern politische Entscheidungen, die von problematisierungsbedürftigen Voraussetzungen ausgehen. Es ist Aufgabe der Wissenschaft, Annahmen, die politischen Entscheidungen zugrunde liegen, kritisch zu hinterfragen, zu interpretieren und auf ihre Plausibilität hin zu untersuchen. Es ist evident, dass aus fehlerhaften Annahmen auch hochproblematische Entscheidungen resultieren können. Weitverbreitete Mythen können den Weg zu sachgerechtem gesellschaftlichem Diskurs und guter Politik blockieren.

Einige dieser Gewissheiten als Mythen anzusprechen und zu dekonstruieren, um sie auf diese Weise aufbrechen und mithin korrigieren zu können, ist das Ziel, das sich die Studiengruppe gesetzt hat. Konkrete Handlungsempfehlungen stehen demgegenüber zurück. Entwürfe der Papiere wurden in der Studiengruppe umfassend und zum Teil kontrovers diskutiert. Die Verantwortung für die bewusst pointiert gehaltenen Texte liegt jedoch allein bei den Autor/innen.

Die erste Lieferung enthält Einzelpapiere zu folgenden Themen: die kooperative Weltordnung (Lothar Brock), Russland und die europäische Friedensordnung (Sabine Jaberg), die Effektivität robuster Militärinterventionen im globalen Süden (Hans-Georg Ehrhart), die mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr (Michael Brzoska), die aktuelle Relevanz der Rüstungskontrolle (Michael Staack) sowie die Bedrohung der Sicherheit durch den Klimawandel (Jürgen Scheffran). Weitere Papiere sind in Vorbereitung. Mit der Veröffentlichung der „Mythenpapiere“ und darauf bezogener Kommentare soll eine wissenschaftliche Diskussion angestoßen werden, die – so hoffen die Autor/innen der Papiere und die Herausgeber der Friedens-Warte – zur kritischen Reflexion, aber auch zu neuen Ideen für eine bessere, wissenschaftlich informierte Friedens- und Sicherheitspolitik führen soll.

**Keywords** Weltordnung, Europäische Friedensordnung, Militärinterventionen, Ausrüstung, Rüstungskontrolle, Klimawandel

## Myths of Established Security Policy

**Abstract** Since 2017, the Study Group “European Security and Peace” of the Federation of German Scientists (VDW) has been working on the central interrelationships and challenges of European and global security. In doing so, it continues the VDW’s tradition in the field of cooperative security and peace policy, in which science played a particular role. At the beginning of the VDW’s foundation, questions of nuclear disarmament and arms control were at the forefront, which is reflected in particular in the “Göttingen Declaration of 1957 on Nuclear Armament” as well as in its participation in the international Pugwash movement.

In the meantime, new security risks, complex conflict dynamics and crisis constellations have emerged alongside nuclear armament, from digitalisation to climate change. This development is accelerated by technical-scientific progress and its ambivalence as well as by economic and social processes of globalization. Under the changing conditions of the 21st century, the (apparent) stability of the previous world order is dissolving; the challenges for peace and security in and around Europe are increasing. The opportunities for a cooperative world order are dwindling. Nationalist power politics is fuelling a chaotic dynamic that increases the danger of a new uncontrollable arms race, weakens established forms and institutions for dealing with conflicts and clouds the prospect of a sustainable European peace order. Following in the tradition of the VDW, the study group aims at contributing to a better understanding of the complex conflict dynamics through analyses, statements and events and to draw constructive conclusions for an appropriate peace policy.

As its first project, the study group has analytically examined some “myths of established security policy”. Here, the ambiguous term “myth” refers to beliefs that have solidified into dogmas. They promote political decisions that are based on premises that need to be problematized. It is the task of science to critically question, interpret and examine the plausibility of assumptions underlying political decisions. It is evident that even highly problematic decisions can result from faulty assumptions. Widespread myths can block the path to appropriate social discourse and good politics.

The goal the study group has set itself is to address some of these certainties as myths and to deconstruct them in order to break them up and thus correct them. Specific recommendations for action, however, take second place. The draft papers were discussed extensively and in part controversially in the study group. However, the responsibility for the deliberately pointed texts lies solely with the authors.

The first delivery contains individual papers on the following topics: the cooperative world order (Lothar Brock), Russia and the European peace order (Sabine Jaberg), the effectiveness of robust military interventions in the Global South (Hans-Georg Ehrhart), the inadequate equipment of the German Federal Armed Forces (Michael Brzoska), the current relevance of arms control (Michael Staack) and the threat to security posed by climate change (Jürgen Scheffran). Further papers are in preparation. With the publication of the “Myth Papers” and related comments, a scientific discussion is to be initiated which – so the authors of the papers and the editors of the *Friedens-Warte* hope – will lead to critical reflection, but also to new ideas for a better, scientifically informed peace and security policy.

**Keywords** World Order, European Peace Order, Military Interventions, Equipment, Arms Control, Climate Change

## Respektsensibilität als Grundvoraussetzung für Konfliktmanagement im Südchinesischen Meer

DAVID GROTEN

**Abstract** Die Volksrepublik China ist der einflussreichste und potenteste Akteur Südasiens. Ihr wirtschaftlicher, militärischer und politischer Einfluss auf die angespannte und konfliktbehaftete Lage der Region stellt eine immense Herausforderung für die zukünftige regionale Ordnung und Stabilität dar. Exemplarisch für diese zunehmende Fragilität ist der multidimensionale Disput im Südchinesischen Meer um territoriale und maritime Grenzziehungen sowie Statusfragen. Subjektive Erfahrungen von Respektlosigkeit und damit eng verknüpfte negative Emotionen haben in diesem Disput, vor allem während der letzten Dekade, dazu beigetragen, dass die Neigung verschiedener Konfliktparteien, insbesondere auch die der Volksrepublik China, eine robustere und kompromisslosere Politik im Südchinesischen Meer zu befürworten deutlich zugenommen hat. Diese politischen Präferenzbildungsprozesse stehen einem erfolgreichen Konfliktmanagement jedoch im Weg, weshalb sich dieser Beitrag für eine respektsensiblere Diplomatie aller Konfliktparteien ausspricht, um Spannungen abzubauen, negative Emotionen zu unterbinden, sowie einen fruchtbaren Nährboden für Kooperationsformate und ein nachhaltiges Konfliktmanagement zu schaffen.

**Keywords** Südchinesisches Meer, Respekt, Status, Emotionen, Politische Psychologie, Konfliktmanagement, Territorialkonflikt

### Respect Sensibility as a Prerequisite for Conflict Management in the South China Sea

**Abstract** The People's Republic of China is the most influential and potent actor in Southeast Asia. Its economic, military and political influence on the tense and conflict prone setting of this region constitutes a huge challenge for future regional order and stability. The multidimensional dispute concerning territorial and maritime border delimitation and status concerns in the South China Sea (SCS) represents a vivid example of this region's mounting challenges. Subjective experiences of disrespect and closely associated negative emotions have contributed, particularly throughout the past decade, to a growing propensity of SCS conflict parties, especially China, to favor much more robust and uncompromising policies towards the SCS. However, these preference building processes render successful conflict management less likely. This article, hence, calls for a more respect sensitive diplomacy among all conflict parties in order to mitigate tensions, prevent negative emotions from arising and to create fertile ground for sustainable conflict management.

**Keywords** South China Sea, respect, status, emotions, political psychology, conflict management, territorial conflict



## Two Sides of the Same Coin: Temporary Protection as a Practical but Unsettled Concept

DILEK TÜRKÖZÜ

**Abstract** A mass influx of migrants and asylum-seekers is a well-known contemporary phenomenon that has created tremendous challenges for displaced persons, receiving states, and the international community. Although the 1951 Convention is still the most important instrument in the international protection regime, some protection gaps persist. Dealing with situations of mass influx of persons across international borders is one of these weak spots. In this regard, temporary protection measures have emerged in State practice to fill such a gap. However, these are considered time-limited emergency responses and group-based protections to cope with mass influxes. The standards of treatment granted to beneficiaries are less than those found in the 1951 Convention. While investigating temporary protection is a continuing concern both within the literature and as practical measures at UNHCR, this article seeks to assess the effectiveness of temporary protection mechanisms in coping with mass influxes. Identifying temporary protection as an unsettled concept would serve ongoing efforts to bring it within the realm of law under more acceptable standards of treatments for its beneficiaries.

**Keywords** 1951 Convention, asylum-seekers, international protection, mass influx, refugees, temporary protection

**Abstract** Der Massenzustrom von Migranten und Asylbewerbern ist heute ein bekanntes Phänomen, das die Vertriebenen, die Aufnahmestaaten und die internationale Gemeinschaft vor enorme Herausforderungen stellt. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 als das nach wie vor wichtigste Instrument für das internationale Schutzsystem kennt einige Schutzlücken. Die Bewältigung von Situationen des Massenzustroms von Personen über internationale Grenzen hinweg ist eine dieser Schwachstellen. Um ihnen Herr zu werden haben Staaten das Konzept des vorübergehenden Schutzes entwickelt, das als eine zeitlich begrenzte Antwort auf einen Massenzustrom von Personen einen gruppenbasierten Schutz gewährt. Die Standards für die Behandlung der Begünstigten sind dabei niedriger als in der Konvention von 1951. Während die nähere Untersuchung des vorübergehenden Schutzes als praktisches Konzept seit längerem Anliegen von UNHCR und Wissenschaft ist, will der vorliegende Beitrag die Schattenseiten des heutigen Konzepts beleuchten und seine Eignung zur Bewältigung von Massenzuströmen in Frage zu stellen. Den vorübergehenden Schutz als ein noch ungeklärtes Konzept zu identifizieren soll einen Beitrag zu den laufenden Bemühungen leisten, ihn stärker in den Bereich des Rechts zu bringen und mit verbesserten Standards für die Betroffenen zu verbinden.

**Keywords** Übereinkommen von 1951, Asylbewerber, internationaler Schutz, Massenzustrom, Flüchtlinge, vorübergehender Schutz

**Panorama**

**Panorama**

**„ICTY – Rückblick eines deutschen Richters  
und Ausblick auf die Zukunft des internationalen Strafrechts“**

Vortrag vor der Schleswig-Holsteinischen Juristischen Gesellschaft  
Kiel, 5. November 2019

CHRISTOPH FLÜGGE

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke der Schleswig-Holsteinischen Juristischen Gesellschaft für die Einladung, hier in Kiel über meine Erfahrungen als ehemaliger Richter am Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien in Den Haag zu sprechen.

Nach 35 Jahren in der Berliner Justiz habe ich neun Jahre mitwirken dürfen an der wahrlich historischen Aufgabe, Kriegsverbrechen juristisch aufzuklären und dafür zu sorgen, dass die mutmaßlich Hauptverantwortlichen gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Darüber möchte ich Ihnen als nunmehr pensionierter Richter heute berichten.

Vor wenigen Jahren hat der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert darauf hingewiesen, dass das erstaunliche Ansehen, das Deutschland heute in der Welt genießt, wesentlich mit unserem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Gewaltgeschichte zu tun habe. Wörtlich sagte er: „Wer daran aus welchen Motiven auch immer rüttelt, muss wissen: Er gefährdet die internationale Reputation unseres Landes und er hat die überwältigende Mehrheit der Deutschen gegen sich.“

So sehr Lammert hiermit für die heutige Situation Recht hatte, so wenig war das nach 1945 die Meinung der meisten Deutschen, die lange einen schnellen Schlussstrich wollten. Hitlers Eliten hatten in der ersten Zeit nach 1945 immer noch großen Einfluss. Das gilt auch und insbesondere für die Justiz. So hat es sehr lange gedauert, bis der wichtige Prozess der Siegermächte gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg z.B. vom Bundesgerichtshof überhaupt als Rechtsprechung nach internationalem Recht anerkannt wurde.

Dabei war das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1946 der erste Versuch in der Geschichte, Kriegsverbrechen nicht mit Gewalt, sondern mit den Mitteln des Rechts zu ahnden. Heute gilt dies als Geburtsstunde des internationalen Strafrechts. Damals führte der amerikanische Hauptankläger in Nürnberg, Robert H. Jackson, am 21. November 1945 bei seiner Eröffnungsrede folgendes aus: „Die Vernunft der Menschheit verlangt, daß das Gesetz sich nicht genug sein lässt, geringfügige Verbrechen zu bestrafen, die sich kleine Leute zuschulden kommen lassen. Das Gesetz muß auch die Männer erreichen,“ – und ich füge hinzu, es sind tatsächlich fast ausschließlich Männer – „die eine grosse Macht an sich reißen und sich

## Conference: Regional Human Rights Systems from a Comparative Perspective

European University Institute Florence, 12–13 December 2019

BENEDIKT BEHLERT | TIMEELA MANANDHAR

Many areas of today's politics are increasingly critical of or even hostile to multilateralism, and international and regional cooperation. In particular, international adjudication has come under intense pressure. "Why can *others* decide what *we* have to do?" This *us and them* is ubiquitous in many political discussions of our times. An example of where this can lead is the case of the Appellate Body of the World Trade Organization. It has been defunct since 11 December 2019 as the United States of America keeps blocking the appointment of new members to the dispute resolution body. However, the challenges are not restricted to trade issues, international and regional protection of human rights face similar if not even greater challenges. Against this backdrop, renowned human rights experts from all over the world came together at the European University Institute (EUI) in Florence on 12 and 13 December 2019 to discuss potential benefits and possible difficulties of comparative approaches to different regional human rights systems. The conference "Regional Human Rights Systems from a Comparative Perspective" was convened by Pierre Thielbörger, Executive Director at the Institute for International Law of Peace and Armed Conflict (IFHV) and Professor at the law faculty at Ruhr-Universität Bochum (RUB), and Fernand Braudel, Fellow at the EUI. It was co-organized by RUB and the EUI, and supported by the European Society of International Law as well as the German Federal Ministry of Education and Research and the Arab-German Young Academy of Sciences and Humanities. In five panels, each focussing on different areas of regional human rights protection, the experts sought to find answers to the question of how regional human rights systems can learn from each other in order to effectively address the common political challenges they are facing. With the following lines, we hope to give an impression of the inspiring presentations and the stimulating discussions, which took place in the Villa Salviati in the hills near Florence.

In a warm welcome, Pierre Thielbörger described the above-mentioned crisis of international (human rights) institutions, but at the same time expressed his hope for "consolidation through regionalization". The subsequent first panel, chaired by Urška Šadl (EUI), was dedicated to the question of how regional human rights systems manage the tension

---

Benedikt Behlert is research associate at the Institute for International Law of Peace and Armed Conflict (IFHV) at Ruhr-Universität Bochum (RUB), and PhD student at the law faculty. Timeela Manandhar is research associate at the Institute for Development Research and Development Policy (IEE), and PhD student at the IFHV and the law faculty at RUB.

Kontakt: Benedikt Behlert, IFHV, RUB, Massenbergr. 9 B, 44787 Bochum, benedikt.behlert@rub.de. Timeela Manandhar, IEE, RUB, Universitätsstr. 105, Universitaetsstr. 105, 44789 Bochum, sowie IFHV, RUB, Massenbergr. 9 B, 44787 Bochum, timeela.manandhar@rub.de.